

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 53 (1961)

Heft: 3-4

Artikel: Standort des Gewerkschaftsbundes und neues Arbeitsprogramm : Referat von Nationalrat Hermann Leuenberger, Präsident des Gewerkschaftsbundes, Gewerkschaftskongress in Basel

Autor: Leuenberger, Hermann

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353974>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 3/4 - MÄRZ/ APRIL 1961 - 53. JAHRGANG

Standort des Gewerkschaftsbundes und neues Arbeitsprogramm

*Referat von Nationalrat Hermann Leuenberger,
Präsident des Gewerkschaftsbundes, am Gewerkschaftskongreß
in Basel*

Der Lausanner Kongreß (1957) erteilte dem Ausschuß unseres Gewerkschaftsbundes den Auftrag, sowohl ein Sofortprogramm zu schaffen, als auch dem nächsten Kongreß den Entwurf zu einem neuen Arbeitsprogramm vorzulegen.

Der erste Teil dieses Auftrages – Ausarbeitung eines Sofortprogramms – konnte nicht zu Ende geführt werden. Das Sekretariat arbeitete zwar verschiedene Entwürfe aus, die den Verbänden jeweils zur Vernehmlassung zugestellt wurden. Auf Tagesforderungen zugeschnitten, veralteten diese Entwürfe jedoch sehr rasch. Manchmal mußten sie von Monat zu Monat revidiert werden.

Es zeigte sich auch bald, daß die Fülle der gewerkschaftlichen Aufgaben den Rahmen eines Sofortprogramms sprengen müßte. Es wäre mit einer viel zu großen Zahl von Einzelfragen belastet worden, und dadurch wäre ein Durcheinander von wichtigen und weniger wichtigen Aufgaben entstanden. Es ist also nicht leichtfertig – ich möchte das besonders deutlich sagen – auf die Schaffung eines Sofortprogramms verzichtet worden, und wir hoffen, der Kongreß werde sich davon überzeugen. Dagegen ließ sich eine gründliche Ueberholung des alten Arbeitsprogramms nicht mehr umgehen.

Das alte Programm wurde in den dreißiger Jahren geschaffen. Es ist daher weitgehend auf die wirtschaftliche Lage in jenen Jahren der Krise zugeschnitten. Damals lag das Schwergewicht unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit auf der Bekämpfung der verhängnisvollen Deflationspolitik und der Krisenerscheinungen. Die Gewerkschaften befanden sich in den dreißiger Jahren wirtschaftlich, politisch und auch psychologisch in einer völlig andern Situation als es heute der Fall ist. Forderungen, die damals vertreten wurden, konnten zum Teil durchgesetzt werden. Ich nenne die AHV, die

Invalidenversicherung, das Bundesgesetz über den Gesamtarbeitsvertrag und dessen Allgemeinverbindlicherklärung und anderes mehr. Zum Teil haben sich auch die Probleme verschoben. Heute müssen wir von der Hochkonjunktur ausgehen. Neue Aufgaben sind aufgetaucht und neue Lösungsmöglichkeiten haben sich ergeben. Probleme, die vor 25 Jahren noch nicht aktuell waren, spielen heute eine ausschlaggebende Rolle. Ihnen muß das neue Arbeitsprogramm Rechnung tragen. Nur unvollständig und schlagwortartig erwähne ich:

**die wirtschaftliche Integration Europas,
das Problem der ausländischen Arbeitskräfte,
die erhöhte Produktivität,
die Automation,
die friedliche Verwendung der Atomenergie,
das Landwirtschaftsproblem**

und das aktuelle Problem der

Hilfe an die Entwicklungsländer.

Diese und viele andere Probleme haben die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes vor neue und veränderte Aufgaben gestellt. Jeder von uns stellt in seinem eigenen Tätigkeitsgebiet täglich fest, daß die Aufgaben jeder Gewerkschaft und damit auch diejenigen des Gewerkschaftsbundes sich erweitert haben. Das ist ein erfreuliches Zeichen, ein Zeichen dafür, daß die Bedeutung der Gewerkschaften auch in der Schweiz zugenommen hat. Ein zeitgemäßes Arbeitsprogramm, das diesen Namen verdient, muß von diesen Erkenntnissen ausgehen.

Ist es erstaunlich, daß heute viele Probleme in einem ganz andern Licht gesehen werden, als dies vor 25 Jahren der Fall war? Gewiß nicht. Trotzdem konnte vom alten Arbeitsprogramm sehr vieles übernommen werden. Allerdings mußten die Akzente anders gesetzt werden. Auch die Formulierungen wurden geändert. Ein Gegensatz zum alten Arbeitsprogramm läßt sich aber keineswegs konstruieren. Mit dem neuen Arbeitsprogramm sind wir nicht vom bisherigen Weg abgewichen; wir haben ihn gradlinig weiterverfolgt, und wir sind überzeugt, daß es der richtige Weg ist.

*

Der vorliegende Entwurf eines neuen Arbeitsprogramms ist das Resultat einer kollektiven Anstrengung und Arbeit, an der das Sekretariat, das Büro des Bundeskomitees, das Bundeskomitee selbst und der Gewerkschaftsausschuß Anteil haben. Sowohl das Bundeskomitee wie der Ausschuß empfehlen das neue Arbeitsprogramm zur Annahme. Gleichzeitig schlagen wie vor, die endgültigen stilistischen

Formulierungen sowie eventuelle Aenderungen oder Ergänzungen, die der Kongreß beschließen sollte, einer Redaktionskommission zu überlassen.

Die einleitenden Abschnitte des Entwurfs – «Ziel, Aufgabe, Weg» – sowie der Abschnitt über die Koalitionsfreiheit sind nur unwesentlich geändert worden. Sie entsprechen dem Inhalt des alten Programms und den bisherigen Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse seit den Jahren 1933/34.

Soviel sich in den letzten 25 Jahren geändert haben mag, so sehr sich das Aufgabengebiet des Gewerkschaftsbundes erweitert hat, die Grundgedanken des neuen Arbeitsprogramms beruhen auf den bisherigen:

- unverändert ist unser Bekenntnis zur Demokratie, zum demokratischen Rechts- und Wohlfahrtsstaat;
- unverändert anerkennen wir die Notwendigkeit der militärischen Landesverteidigung;
- unverändert stehen wir auf der Seite der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit.

Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß wir uns zur 80jährigen Tradition des Gewerkschaftsbundes bekennen, die uns auch heute noch als Grundlage für unsere Arbeit dient.

Die mir zur Verfügung stehende Zeit erlaubt nicht, jeden einzelnen Abschnitt des neuen Arbeitsprogramms zu erläutern. Ich muß mich auf die wichtigsten Grundzüge, Gedanken und Erkenntnisse beschränken, die im neuen Arbeitsprogramm zum Ausdruck kommen.

*

Das Kapitel *Gewerkschaften und Staat* beginnt mit dem Abschnitt «Selbsthilfe und Staatsintervention».

Das alte Arbeitsprogramm des Gewerkschaftsbundes stammt – wie ich bereits gesagt habe – aus den Jahren 1933/34. Die Gewerkschaften standen damals in schwersten wirtschaftlichen und politischen Abwehrkämpfen. Kommunismus und Nationalsozialismus betrieben politische Zersetzungsarbeit. Ihre Angriffe galten unter anderem den freien Gewerkschaften. Durch deren Zerstörung sollte auch das Ende der Demokratie herbeigeführt werden.

Der damalige Kampf der Gewerkschaften, so schwer er war, lohnte sich. Die freien Gewerkschaften sind zu einem anerkannten Bestandteil der Gesellschaft und des Staates geworden. Nicht daß sie sich heute etwa absolut kampflos durchsetzen könnten, aber ihre Leistungen für Volk und Land werden im allgemeinen anerkannt. Der schweizerische Industriestaat ist ohne Gewerkschaften undenkbar.

Die Zahl der Mitglieder der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände ist von 224 000 im Jahre 1934 auf über 430 000 angewachsen. Die in der Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten mit den Gewerkschaften zusammenarbeitenden Angestelltenorganisationen zählen weitere 100 000 Mitglieder. Der Haß und die Abneigung, mit denen man der Gewerkschaftsbewegung früher in breiten Bevölkerungsschichten begegnete, sind zu einem großen Teil verschwunden. Man behandelt heute die Gewerkschafter mit einer gewissen Achtung. Wir wollen das mit Freude feststellen. Die Gewerkschaften bilden zwar auch heute noch keine Mehrheit innerhalb der Bevölkerung unseres Landes. Aber sie sind eine Minderheit, die sich Respekt zu verschaffen weiß. Sie stellen einen Faktor dar, mit dem immer mehr gerechnet werden muß.

Wohl sind die Gewerkschaften in erster Linie ihren Mitgliedern gegenüber verantwortlich. Sie haben aber heute ein derartiges Ansehen erreicht, daß sie darüber hinaus auch an der Verantwortung für das Land, seine Wirtschaft und sein Staatswesen mittragen.

Wenn wir unsere Positionen noch weiter verstärken wollen, können und dürfen wir uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Diese Einstellung kommt im Entwurf zum neuen Arbeitsprogramm besonders deutlich zum Ausdruck. Das Programm muß darum auch zu den Problemen Stellung nehmen, die sich nicht nur auf Fragen des Lohnes und der Arbeitsverhältnisse beziehen.

*

Die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes ist so stark geworden, daß man ihr auch zumuten kann, für die Lösung ihrer Aufgaben nicht in jedem Falle die Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen. Soweit unsere Kräfte reichen, wollen wir durch solidarische Selbsthilfe unser Ziel erreichen.

Der Grundsatz: «Selbsthilfe, soweit möglich — staatliche Hilfe, soweit nötig», findet seinen Niederschlag auch im Abschnitt *Gesetz und Vertrag*.

Wir gehen davon aus, daß die Gewerkschaftsbewegung weiterhin an Bedeutung zunimmt. Möglicherweise wird sie aber auch in Zukunft zeitweilige Rückschläge in Rechnung stellen müssen. Wir können deshalb nicht in präzisester Form bestimmen, wo vertragliche und wo gesetzliche Regelungen gesucht und getroffen werden müssen. Darum lautet unsere Formulierung — bereits *Arthur Steiner* hat sie verwendet — *Gesetz und Vertrag*. Soweit ihre Kraft reicht, ziehen die Verbände der Privatarbeiter den Vertrag vor. Ich erinnere mit Stolz daran, daß Ende 1959 in der Schweiz 1651 Gesamtarbeitsverträge bestanden haben für ungefähr 1 Mio Arbeitnehmer unseres Landes. Organisationen, die sich zur vertraglichen Erkämpfung eines Zieles zu schwach wissen oder die sich bewußt sind, daß sie

eine Forderung nicht allein durchsetzen können, suchen gesetzliche Lösungen zu erreichen.

Die Arbeitsverhältnisse des öffentlichen Personals sind vornehmlich gesetzlich zu regeln.

Dort, wo die eigene Kraft der Gewerkschaften genügt, möchten sie unabhängig entscheiden. Der Gewerkschaftsbund und seine Verbände beanspruchen deshalb das freie Selbstbestimmungsrecht. Sie wünschen keine Zwangsschlichtung und keine staatliche Bevormundung. Jene Arbeitgeber aber, die aus dem Kartellgesetz am liebsten ein Antigewerkschaftsgesetz machen möchten, werden auf unsern schärfsten Widerstand stoßen.

Meine Hinweise auf das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat zeigen, daß wir zur Demokratie stehen, daß es ohne Demokratie keine freie Gewerkschaftsbewegung geben kann. Der Abschnitt

Demokratie und Landesverteidigung

im neuen Arbeitsprogramm des Gewerkschaftsbundes bringt dies klar zum Ausdruck. Dort wird aber auch unsere Hoffnung und unser Wille, in der Demokratie und durch die Demokratie eine gerechte soziale und wirtschaftliche Ordnung zu verwirklichen, unterstrichen. In diesem Kampf müssen wir uns das Recht wahren, notfalls auch gewerkschaftliche Kampfmittel anzuwenden.

Bestehen und Erhaltung der Demokratie sind jedoch keine Selbstverständlichkeit. Die Gewerkschaften sind mitverantwortlich für ihren Bestand und ihre Zukunft. Sie bekennen sich deshalb auch zur militärischen Landesverteidigung.

Wir sind gewillt, als Gewerkschafter, als Bürger und Soldaten unser Land, unseren demokratischen Rechtsstaat gegen jede Bedrohung zu verteidigen. Unsere Milizarmee muß auch die notwendigen Mittel erhalten, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Trotzdem die Gewerkschaften sich deutlich zur Landesverteidigung bekennen, verpflichtet dies uns nicht, alle Maßnahmen gutzuheißen, die in der Armee angeordnet werden. Vor allem wollen wir, daß die Menschenwürde des Bürgers, auch wenn derselbe im Wehrkleide steckt, geachtet wird. Wohl hat sich manches gebessert: zwei der sinnlosesten Formen des Drills – Stechschritt und Gewehrgriff – sind gefallen. Auch das Dienstreglement ist modernisiert worden. Aber immer wieder bricht ein bei uns Schweizern fremder Militärg Geist durch. Deshalb werden wir auch in Zukunft «auf Posten» stehen müssen, um den Milizcharakter unserer Armee zu wahren.

*

Wir stellen fest, daß die wirtschaftliche und soziale Landesverteidigung ebenso wichtig sind wie die militärische. Die Gewerkschaften verurteilen und bekämpfen aus diesem Grunde die immer noch

von gewissen Kreisen verfolgte Absicht, die eine Form der Landesverteidigung gegen die andere auszuspielen. So könnten wir uns nie damit abfinden, wenn versucht würde, wegen allzu großer Rüstungsausgaben den Ausbau der Sozialversicherung, der Sozialgesetzgebung und insbesondere die Verbesserung der AHV-Renten zurückzustellen.

Die Gewerkschaften müssen auch in den außerparlamentarischen Gremien der Landesverteidigung, im Landesverteidigungsrat und in der Kriegswirtschaft angemessen vertreten sein. Es ist zum Beispiel unerklärlich, weshalb kein einziges Mitglied des Bundeskomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes dem Landesverteidigungsrat angehört. Mit andern Worten: Wir sind nicht gesonnen, vorbehaltlos, ausgeschlossen vom Mitspracherecht und ohne genügende Informationsmöglichkeiten, für alle Vorlagen des Militärdepartements bzw. des Bundesrates einzutreten.

*

Wie ich bereits gesagt habe, tragen viele Abschnitte des alten Arbeitsprogrammes des Gewerkschaftsbundes deutlich den Stempel der Krisenwirtschaft, den Stempel jener Zeit, da Unternehmer und Bundesrat die Löhne abbauten und die Sozialgesetzgebung zu verschlechtern versuchten, in der Meinung, die Folgen der Wirtschaftskrise durch Herabsetzung der Staatsausgaben überwinden zu können.

Viele der von den Gewerkschaften damals vertretenen Forderungen sind heute trotzdem Allgemeingut geworden. Manche sind von der Wirtschaftswissenschaft anerkannt und weiterentwickelt worden, und was vielleicht das Wichtigste ist: Die vielen Jahre der Vollbeschäftigung und der Expansion haben den wirtschaftlichen Fatalismus weitgehend beseitigt. Sie stärkten das Selbstvertrauen und den Willen, Technik und Wirtschaft dem Menschen dienstbar zu machen.

Wir haben versucht, im Entwurf zum neuen Arbeitsprogramm dieser Entwicklung Ausdruck zu geben. Die zentrale Idee des wirtschaftlichen Teils des Arbeitsprogramms ist

das wirtschaftliche Wachstum.

Ein dynamischer Wachstumsprozeß ist Voraussetzung dafür, daß sich die schöpferischen Fähigkeiten jedes einzelnen besser entfalten können. Das wirtschaftliche Wachstum ermöglicht auch uns, den Lebensstandard der unselbständig Erwerbenden zu verbessern, Not und Armut zu überwinden. Nur in einer wachsenden Wirtschaft können sich die Gewerkschaften voll entfalten, positiv wirken, und sie sind nicht mehr gezwungen, ihre ganze Kraft in Abwehrkämpfen zu verzehren.

Eine expansive Wirtschaft schafft auch die Luft, in der die Demokratie am besten gedeiht, wo sich die verschiedenen Interessengruppen leichter zu gemeinsamen Aufgaben zusammenfinden können.

*

Im Entwurf zum Arbeitsprogramm wird ausdrücklich anerkannt, welche positive Rolle der Initiative und den Fähigkeiten jedes einzelnen zukommt. Die Förderung der beruflichen Ausbildung, des Stipendienwesens, der Forschung und der wirtschaftlichen Produktivität nimmt deshalb im Programm einen breiten Raum ein. Der einzelne hat seine Bedeutung und seine Rechte. Aber wir glauben nicht, daß aus dem Egoismus allein – blind und einsichtslos, wie er so oft ist – eine expansive und auch eine gerechte Wirtschaft hervorgehen kann.

Der Gewerkschaftsbund vertritt deshalb die Auffassung, daß es zu den Rechten und Pflichten eines demokratischen Staates gehört, die Wirtschaft koordinierend und ausgleichend zu beeinflussen.

Hinsichtlich der Wirtschaftsform ist der neue Programmentwurf undogmatisch. Im Vordergrund stehen die allgemeinen Ziele – beständiges wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit. Wir sind demnach bereit, uns in jene Wirtschaftsform einzufügen, die diese Ziele anerkennt und uns für diese Ziele kämpfen läßt. Wir sind bereit, jeder Wirtschaftsform ihre Chance zu geben, sie nach ihren wirtschaftlichen und sozialen Leistungen zu beurteilen und keine Form dogmatisch zu bevorzugen. Aber dort, wo die Leistung offensichtlich unbefriedigend ist, behalten sich die Gewerkschaften das Recht vor, für eine andere Wirtschaftsform einzutreten. Mit andern Worten, das neue Arbeitsprogramm soll und will uns nicht blind zu Verteidigern des Bestehenden machen.

Unbesehen der Rechtsform eines Betriebes oder eines Wirtschaftszweiges verlangen Arbeitnehmer und Gewerkschaften ein

Mitspracherecht.

Der Arbeiter soll im Betrieb nicht einfach die Muskelkraft sein, die man wie ein Werkzeug einsetzt und behandelt. Seine Würde soll geachtet werden; auch ihm sollen die seiner Befähigung entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten offen stehen. Ein Arbeiter kann aus seiner Erfahrung heraus ebenfalls befähigt sein, Ideen zu einer rationelleren Arbeitsmethode zu entwickeln. Er soll diese Ideen vorbringen können. Sind diese gut, so sollen sie entsprechend anerkannt und nicht als diejenigen eines Vorgesetzten ausgegeben werden.

Die Arbeiter sollen nicht wie Roboter jede Anordnung befolgen müssen – sie sollen sich zur Wehr setzen können, wenn sie sie – die Anordnung – als ungerecht oder unrichtig empfinden.

Wichtige Entscheide der Betriebsführung sollen nicht ohne Mitwirkung der Gewerkschaften getroffen werden können. Der Arbeitnehmer und seine Gewerkschaft sollen über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens Bescheid wissen. Damit der Arbeitnehmer der Betriebsleitung bei Meinungsverschiedenheiten nicht allein und damit wehrlos gegenübersteht, muß die Gewerkschaft in das Mit-

spracherecht einbezogen werden. Durch tägliche Reibereien und Ungerechtigkeiten kann das Leben eines Arbeiters zur Qual werden. Weil ein wirkliches Mitspracherecht den Rückhalt an einer starken Gewerkschaft braucht, bekämpfen wir alle Maßnahmen und Abmachungen, die ohne die Mitwirkung der Gewerkschaft getroffen werden.

Als Verhandlungspartner verlangt die Gewerkschaft, über die wirtschaftliche Lage des Unternehmers informiert zu sein. Solange sie sich die entsprechenden Unterlagen über Schleichwege beschaffen muß, kann kein richtiges Vertrauensverhältnis mit dem Vertragspartner bestehen. Es können von den Gewerkschaften nicht Rücksichtnahme, Vernunft und Verantwortungsgefühl verlangt werden, wenn man ihnen die Grundlage für eine sachliche Diskussion verweigert. Wer im dunkeln gelassen wird hat immer das Gefühl – und muß immer das Gefühl haben –, daß man ihn übervorteilen will.

Viele Unternehmer scheinen das immer noch nicht begriffen zu haben. Diesen Unverstand werden die Gewerkschaften auch weiterhin bekämpfen.

Der Gewerkschaftsbund selbst verlangt ein angemessenes Mitspracherecht in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Theoretisch wird dies in unserem Land auch anerkannt. Wie sieht es aber in der Praxis aus? Wie oft haben wir uns in den letzten Jahren zur Wehr setzen müssen, weil man uns mit den

Minderheitsgewerkschaften

auf die gleiche Stufe stellen wollte? Wir haben diese Zumutungen nie hingenommen und werden es auch in Zukunft nicht tun.

Der Gewerkschaftsbund hat dreimal so viele Mitglieder wie alle Minderheitsgewerkschaften zusammen. Dieses Kräfteverhältnis muß selbstverständlich auch in den Vertretungen in außerparlamentarischen Kommissionen und Gremien zum Ausdruck kommen. Was der Gewerkschaftsbund damit verlangt, ist kein Monopol, sondern nur Gerechtigkeit. Es muß deshalb wieder einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Aufsplitterung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung gar nicht unbedingt dem Interesse der Wirtschaft unseres Landes dient. In vielen Fällen würde rascheres Handeln ermöglicht, bessere Lösungen erzielt, wenn auf seiten der Arbeitnehmer eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung bestünde.

Was diesbezüglich vor gar nicht so langer Zeit in einer gut bürgerlichen Schweizer Zeitung zu lesen war, ist so zutreffend, daß ich sie zitieren will:

«Man hat auf Arbeitgeberseite eine Zeitlang gemeint, die Wirtschaft fahre besser, wenn der Arbeitgeber mit einer Mehrzahl von Arbeitnehmerorganisationen zu tun habe. Man fürchtete die zu große Machtfülle in den Händen einer hochgradig organisierten Gewerkschaft und ihrer Leitung. Diese Ueberlegung

war jedoch kaum zutreffend. Mit dem Organisationsgrad einer Gewerkschaft wächst die Verantwortung. Und die Verantwortung nötigt dazu, der Stimme der wirtschaftlichen Vernunft zu folgen. Die Wirtschaft, die klare, übersichtliche Verhältnisse braucht, fährt mit einem einzigen Verhandlungs- und Vertragspartner auf Arbeitnehmerseite nicht schlechter als mit einer Mehrzahl. Verlässlichkeit und Einsicht des Partners sind allerdings Voraussetzung. Beides wächst in dem Maß, als die gewerkschaftliche Konkurrenz dahinfällt und die gewerkschaftliche Propaganda überflüssiger wird. Wird die legitime Aufgabe der Gewerkschaften im gleichen Bereich von verschiedenen Arbeitnehmerorganisationen wahrgenommen, so wird die wirtschaftliche Vernunft leicht beiseitegesetzt. Die verschiedenen Gewerkschaften geraten in Konkurrenz zueinander, in eine Konkurrenz der Forderungen. Sie überbieten sich in ihren Forderungen, weil sie nicht allein von ihrer gewerkschaftlichen Leistung existieren können, sondern auf Propaganda angewiesen sind. Die Zeche bezahlt letzten Endes die Wirtschaft als solche.»

Trotzdem der Gewerkschaftsbund keine Kollektivverträge abschließt, sind in das neue Arbeitsprogramm einige Gedanken zur

Lohnpolitik

aufgenommen worden. Seit einigen Jahren nahm die Zahl der konservativen Regierungen in der westlichen Welt zu. Diese und ihre Parteigänger haben eine nicht enden wollende Diskussion über die gewerkschaftliche Lohnpolitik entfacht. Die Herrschaften verfechten zwar das Prinzip der freien Wirtschaft. Das Prinzip der freien Lohnfestsetzung zwischen den Vertragspartnern ist ihnen aber unbequem. Hier hätten sie nichts gegen eine Staatsintervention einzuwenden, vorausgesetzt, dieselbe erfolge zugunsten der Arbeitgeber.

Auch ein Teil der Schweizer Presse macht diese Methode der ständigen Angriffe auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik mit. Vorwand für ihr Verhalten ist der Kampf gegen die Inflation. Wenn die Preise zu steigen beginnen, sind die Gewerkschaften in ihren Augen die ersten und ausschließlichen Sündenböcke. Wenn aber die Regierung politische Preise festsetzt und erhöht, wie das zum Beispiel bei uns in bezug auf die Mietpreise geschieht, so stört sie das nicht. Auch wenn Großunternehmungen oder Kartelle die Preise hochhalten, ist die von mir erwähnte Presse nicht besonders stimmbegabt. Aber wenn durch einen neuen Gesamtarbeitsvertrag die Löhne erhöht oder die Arbeitszeit verkürzt werden, dann predigt man uns Maßhalten, Zurückhaltung und Vernunft. Dann sollen die Nominallöhne höchstens soweit ansteigen, als es der Erhöhung der durchschnittlichen Produktivität entspricht.

Solche und ähnliche Belehrungen werden im neuen Arbeitsprogramm deutlich zurückgewiesen. Die Gewerkschaften wollen die Löhne – und zwar die Reallöhne – der wachsenden Leistungsfähigkeit der Wirtschaft anpassen. Sie müssen dies tun, solange die Konjunktur gut ist. Noch nie ist den gewerkschaftlichen Begehren bei einem Konjunkturrückgang deshalb entsprochen worden, weil sie in der Konjunkturspitze zurückhaltend gewesen waren.

Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Wenn es den Konjunkturpolitikern nicht gelingt, eine allgemeine «Ueberhitzung» zu verhindern, dann darf man nicht von den Gewerkschaften allein Zurückhaltung erwarten.

Auch im Konjunkturaufstieg können wir nicht eine Verteilung des Volkseinkommens akzeptieren, welches mithilft, einen Konjunkturreinbruch herbeizuführen. Und schließlich können die Arbeitnehmer ihren Anspruch auf soziale Gerechtigkeit, auf eine gerechtere Einkommensverteilung im Konjunkturanstieg nicht einfach aufs Eis legen.

Die Gewerkschaften werden sich auch in Zukunft für eine Verbesserung der

Kaufkraft der Arbeitnehmer

einsetzen. Sie tun dies nicht nur, weil sie deren Interessen vertreten; sie sind überzeugt davon, daß eine weitere und breitgestreute Steigerung der Kaufkraft für eine ständige wirtschaftliche Expansion von größter Bedeutung ist.

Es gibt Länder, in denen die Arbeitgeber dies einsehen und sich nicht immer mit Händen und Füßen dagegen sträuben, die Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben zu lassen. Wie man eine aufgeschlossene Haltung erreichen kann, ist vom Generaldirektor einer der größten amerikanischen Unternehmungen mit folgenden Worten erklärt worden:

«Wo ist ein einziges Beispiel, das zeigt, daß das Unternehmertum je die Initiative für ein Gesetzesprogramm zugunsten der Arbeiterschaft ergriffen hat? Ist es nicht so, daß es immer wartete, bis es gezwungen wurde, etwa zu tun? Wir wundern uns, warum es nötig ist, einen Feldzug zu führen zur Rettung der freien Unternehmerwirtschaft. Was nun not tut, ist weniger Ablehnung und Entschuldigung, dafür mehr Bejahung und aufbauende Initiative. In einem Wort: laßt uns einige unserer negativen Einstellungen aufgeben und jeder an seiner Stelle nachdrücklich für eine gesunde Entwicklung eintreten. Die Einkaufstasche der Frau Müller entscheidet auch über unsere Zukunft. Wir können mithelfen, diese Tasche größer und voller zu machen, falls jeder von uns in seinem eigenen Wirkungskreis seinen fortschrittlichen Einfluß geltend macht. Ich bin oft erstaunt, wie leicht wir dem Postulat auf Erhöhung des ‚allgemeinen Lebensstandards‘ des ganzen Volkes zustimmen, ohne uns zu vergegenwärtigen, daß unsere eigenen Arbeitnehmer auch zu diesem Volk gehören. Wenn unsere Wirtschaft imstande ist, alle 10 Jahre abgenützte technische Ausrüstung zu amortisieren und zu ersetzen, kann sie es sich gewiß auch leisten, allen aus dem Arbeitsprozeß austretenden Menschen eine angemessene Pension sicherzustellen. Sie können die Sache anschauen wie Sie wollen, selbst die besten Pensionierungspläne von heute sind gleichermaßen ungenügend hinsichtlich der Höhe der Renten wie des Rücktrittsalters. Es besteht kein Grund, warum ein Mensch nach 65 nicht ein ebenso guter Kunde sein soll wie ein Verdienender von 35 Jahren. Das Busineß ist für die Menschen da, und nicht die Menschen für das Busineß. Ein angenehmes Leben, Muße für Erholung und Weiterbildung geben starke Anreize auch für einen bessern Geschäftsgang. Jahreslohn, erhöhte Sicherheiten gegen Schicksalsschläge, kürzere Arbeitszeit, vermehrte Gelegenheit zur Weiterbildung für alle, das alles muß zu unsern eigenen Zielsetzungen gehören.»

Wir hoffen, daß sich bei den schweizerischen Arbeitgebern diese löbliche Einsicht in absehbarer Zeit ebenfalls durchsetzen wird. Schließlich können sie nicht erwarten, daß die Gewerkschaften zusehen, wie auf der einen Seite Gewinne angehäuft werden, während die Arbeitnehmer auf die Durchsetzung ihrer Forderungen verzichten sollen.

Gerade weil die Gewerkschaften nicht immer den Prügelknaben der Inflationsbekämpfung abgeben wollen, möchten wir dem Staat die Mittel zu einer wirksamen Konjunkturpolitik in die Hand geben. Wir unterstützen daher eine konjunkturgerechte

Finanz- und Steuerpolitik.

Auch hier stehen die Gewerkschaften öfters allein. Die meisten Politiker schätzen diesen Teil der Nationalökonomie nicht; er ist ihnen zu modern. Das war bei der letzten Finanzvorlage zu erleben, und bald wird es wieder soweit sein. Dann werden die großen Kapitäne der Wirtschaft und die «Leuchten» der Wissenschaft, die bei sozialen Bestimmungen höchstens Kompetenznormen in der Verfassung sehen möchten, vermutlich wieder den Steuersatz auf bis mindestens eine Stelle hinter das Komma in der Verfassung verankern wollen.

Für die Gewerkschaften und für unsern Bund wird es dagegen um die folgenden Forderungen gehen:

Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Progression nach oben – Steuerfreiheit für die wirtschaftlich Schwachen;

keine Kopfsteuern und keine Konsumsteuern auf Gütern des dringenden Bedarfs, dafür aber eine gerechte direkte Bundessteuer.

Trotzdem auch unseres Erachtens die Leiter der Schweizerischen Nationalbank nicht allwissend sind und nicht sein können, setzt sich der Gewerkschaftsbund dafür ein, daß unsere Notenbank vermehrte Kompetenzen erhält, um die Konjunktur beeinflussen zu können. Wohl keine Nationalbank in Europa und Amerika hat so geringe Befugnisse wie die unsrige. Nicht zuletzt weil wir die Schwächen unserer Steuerpolitik kennen, glauben wir, daß größere Kompetenzen der Nationalbank zum Ausgleich nötig sind.

*

Die Konsumentenberatung

ist ein weiteres Mittel, um preisdämpfend zu wirken. Das Schweizerische Institut für Hauswirtschaft hat bereits wertvolle Vorarbeit geleistet, die wir gerne anerkennen. Aber es stehen diesem Institut

viel zu wenig Mittel zur Verfügung, und es ist deshalb auf die finanzielle Hilfe der Industrie angewiesen. Die Wichtigkeit seiner Aufgabe – auch in preispolitischer Beziehung – sollte von den Behörden besser anerkannt werden.

Aber auch der Gewerkschaftsbund wird auf diesem Gebiet aktiver werden müssen. Bereits ist ein bezüglicher Erfahrungsaustausch mit dem Oesterreichischen Gewerkschaftsbund eingeleitet, der sich sowohl im Landesmaßstab als auch auf lokalem Gebiet mit großem Erfolg für den Schutz der Konsumenten einsetzt.

Wir sind durchaus bereit, zu einer vernünftigen Konjunkturpolitik und zur Inflationsbekämpfung Hand zu bieten. Aber das müßte im Rahmen einer Konzeption der gesamten Wirtschaftspolitik geschehen. Dabei dürfen nicht nur die Löhne herausgegriffen und in den Vordergrund gestellt werden.

Ein anderes Problem sind der

Wohnungsbau und die Mietzinse.

Während der letzten zehn Jahre nahm unsere Bevölkerung um eine halbe Million Menschen zu. Hält die gegenwärtige Zuwachsrates an, so muß angenommen werden, daß die Schweiz bis in weiteren zehn Jahren rund sechs Millionen Einwohner zählen wird. Zudem nimmt die Wohnungsnachfrage rascher zu als die Bevölkerung, weil heute immer mehr Alleinstehende das Bedürfnis nach einer eigenen Wohnung haben. Sie haben auch Anspruch darauf.

Der Wohnungsbau hält mit dieser Entwicklung nicht Schritt, noch weniger ist er in der Planung genügend berücksichtigt, soweit von Planung überhaupt gesprochen werden kann. Weil die Gewerkschaften an den Wert und die Aufgabe der Familie glauben, betrachten sie in den nächsten Jahren die Lösung des Wohnungsproblems als eine ihrer wichtigsten Aufgaben.

Die junge Generation soll nicht in öden Kasernenvierteln, den Brutstätten der geistigen Vermassung, aufwachsen müssen. Die Wohnungsmieten dürfen nicht so hoch sein, daß sie die auch heute noch zu einem sehr großen Teil bescheidene Lebenshaltung der Arbeiter herabdrücken, Mütter mit kleinen und schulpflichtigen Kindern zum Mitverdienen zwingen oder daß für kulturelle Ausgaben, Weiterbildung und Ferien kaum mehr etwas übrig bleibt.

Es ist zum Beispiel kürzlich festgestellt worden, daß in einer typischen Vorortsgemeinde Zürichs jeder dritte gezwungen ist, mehr als 20 Prozent seines Einkommens für die Wohnungsmiete auszugeben. Diese unheilvolle Entwicklung muß aufgehalten werden.

Wir treten deshalb für ein Bodenrecht und eine Bodenpolitik ein, welche die Preissteigerung aufhält oder doch mildert. Die Bodenpreise dürfen nicht weiter so ansteigen, daß unser Land zum Tummelplatz der Bodenspekulanten – auch jener aus andern Ländern – wird. Dringlich brauchen wir eine nach modernen städte-

baulichen Grundsätzen geplante Quartierüberbauung. Eine entsprechende Planung würde ein rationelleres Bauen ermöglichen.

Wir sind in letzter Zeit wiederholt wegen der Boden- und Wohnungsprobleme bei den maßgebenden Behörden vorstellig geworden. Verschiedene unserer Vorschläge werden gegenwärtig geprüft. Auch in Zukunft müssen wir diese Frage stärker in den Vordergrund stellen, und es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch andere Kreise, vor allem die Industrie, mehr Verständnis für diese Probleme aufbringen würden als dies bisher der Fall gewesen ist. Die Industrie kann nicht ständig mehr Arbeitskräfte anfordern, sich aber von der Verantwortung um die Wachstumsprobleme der Gemeinden drücken. Jeder Arbeiter, Schweizer oder Ausländer, hat das Recht auf eine menschenwürdige Unterkunft.

Solange diese Aufgaben der Wohnungspolitik nicht gelöst sind, wird sich der Gewerkschaftsbund für eine wirksame Kontrolle der Mietzinse einsetzen. Daß er dabei keinen leichten Stand hat, wissen wir.

Unsere Gegner sollten jedoch bedenken, daß es nicht angeht, die Mietzinse in Neubauten ungehindert ansteigen zu lassen und die Altmieten diesen anzupassen. Ein solcher Weg muß zu einem Chaos führen. Er kann das soziale Klima unseres Landes nicht verbessern, sondern er wird es verschlechtern. Deshalb werden bei den kommenden Auseinandersetzungen in den eidgenössischen Räten die Gewerkschaften versuchen, den Abbau der Kontrolle so weit zu begrenzen, als dies nur irgendwie möglich ist. Wir machen uns auf sehr harte Auseinandersetzungen gefaßt.

*

Lassen Sie mich nun noch die so viel diskutierte Frage der

Landwirtschaftspolitik

anschneiden. Ich bin mir sehr bewußt, daß es sich um ein «heißes Eisen» handelt. Aber aus der Verantwortung gegenüber der gesamten Volkswirtschaft ist es unsere Pflicht, uns auch mit der Landwirtschaftspolitik zu befassen.

Die Probleme der Landwirtschaft und der künftigen Gestaltung der Agrarpolitik gehen das ganze Schweizervolk an. Der Gewerkschaftsbund will in diesen so bedeutungsvollen Fragen aber nicht allein vorpellen. Es stellen sich nämlich Aufgaben, die unter Berücksichtigung aller Interessen nur gemeinsam gelöst werden können. Es kann sich dabei nicht darum handeln, lediglich aus einem gewissen Tätigkeitsdrang heraus etwas gegen die Landwirtschaft oder den Bauernstand zu unternehmen. Es geht vielmehr darum, der Landwirtschaft zu helfen. Die Arbeiterschaft versteht die Sorgen und Nöte der meisten Bauern sehr gut, und sie ist deshalb bereit,

für die Landwirtschaft gewisse Opfer zu bringen, aber nur insofern es sich um sinnvolle Opfer handelt, Opfer, die zu einer Lösung der Probleme führen.

Wenn ich in meinen Ausführungen lediglich auf Umfang und Tragweite der zu lösenden Aufgaben hinweisen kann, müssen doch einige wunde Punkte unserer Agrarpolitik erwähnt werden.

Ich erlaube mir das um so mehr, als auch der zweite Landwirtschaftsbericht des Bundesrates das Eingeständnis enthält, daß eine Aenderung unserer Landwirtschaftspolitik nicht zu umgehen ist.

Grundsätzlich steht der Gewerkschaftsbund zu den Richtlinien, die in diesem bundesrätlichen Landwirtschaftsbericht aufgestellt werden. Unsere Landwirtschaft befindet sich in einer äußerst verfahrenen Situation. Sie ist sozusagen in eine Sackgasse geraten. Die Problematik der landwirtschaftlichen Preis- und Absatzgarantie ist offenkundig, hat sie doch zu einer Ueberproduktion geführt. Beispiele dafür sind die Milchschwemme, der Obst- und Kartoffelüberschuß. Die Produktion «läuft» sozusagen der Nachfrage davon.

Die Sicherung der Agrarpreise, verbunden mit der Absatzgarantie, muß unsere Landwirte zu immer größerer Produktion anreizen, während anderseits die Nachfrage nach Nahrungsmitteln durch die beschränkte Kaufkraft der untern Einkommensschichten oder infolge der beschränkten Aufnahmefähigkeit des menschlichen Magens begrenzt ist. Dazu kommt der soziale Aspekt: Von der Absatz- und Preissicherung der landwirtschaftlichen Produkte profitieren in erster Linie jene Landwirte, die am meisten produzieren, also die Bauern mit mittlern und vor allem mit großen Betrieben, obwohl gerade diese auf einen solchen Schutz viel weniger angewiesen sind.

Wir kommen leider zur Feststellung, daß der Agrarsektor der schweizerischen Volkswirtschaft übersetzt ist. Eine Rückbildung wird unvermeidlich sein. Auch auf die Gefahr hin, daß man versuchen wird, unsere Stellungnahme zu mißdeuten, sind wir fest überzeugt, daß die im Landwirtschaftsgesetz verankerte Zielsetzung der Agrarpolitik – die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen Landwirtschaft unter Wahrung der Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft – niemals die rein zahlenmäßige Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe bedeuten kann.

*

Im Abschnitt

Sozialpolitik

bekannt sich der Entwurf des neuen Arbeitsprogramms offen und klar zum Prinzip des Wohlfahrtsstaates. Wer ohne Selbstverschuldung in Not gerät, sei es durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder aus irgendwelchen Gründen verminderter Erwerbsfähigkeit, hat Anspruch auf Hilfe. Dieser Hilfe darf aber nicht der Geruch einer Armenunterstützung anhaften. Sie soll ein Rechtsanspruch sein.

Auch die Gewerkschaften treten dafür ein, daß der Arbeiter sich Eigentum erwerben kann, daß er eine Wohnung besitzt, daß er ein Sparbuch sein Eigen nennt oder auch Wertpapiere. Doch für viele Arbeitnehmer ist das heute noch nichts anderes als ein schöner Traum. Die Steuerstatistik zeigt es, aber auch das Ausmaß der Abzahlungsgeschäfte ist ein Beweis dafür. Wieviel verborgene Not ist zum Beispiel bei der Einführung der Invalidenversicherung an den Tag gekommen! Die Funktionäre in den Rechtsauskunftsstellen der Gewerkschaften und der Gewerkschaftskartelle erhalten Tag für Tag Einblick in Sorge und Not.

Wenn unser Staat den Anspruch erheben will, als wirkliche Gemeinschaft, als Eid-Genossenschaft bezeichnet zu werden, dann darf er an dieser Tatsache nicht vorbeisehen.

Zwar ist manches erreicht und vieles schon verbessert worden. Aber es bleibt noch sehr viel nachzuholen, und es sind auch ganz bedeutende neue sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen. Heute noch müssen viele, allzu viele Menschen mit großer Sorge ihrem Alter entgegensehen. Der Gewerkschaftsbund tritt deshalb für einen Ausbau der AHV ein. Diesem größten Sozialwerk unseres Landes müssen unbedingt vermehrte Mittel zugewiesen werden.

Auch die Unfallversicherung muß verbessert werden. Die Revision der Krankenversicherung ist nicht mehr zu umgehen. Bei der Arbeitslosenversicherung sollten auch Arbeitgeberbeiträge durchgesetzt werden können. Schließlich ist unser System der Sozialversicherung durch die Einführung der obligatorischen Mutterschaftsversicherung abzurunden.

Im Entwurf zum neuen Arbeitsprogramm setzt sich der Gewerkschaftsbund unter anderem für die Präventivmedizin ein. Wieviel Sorge und Not könnten durch Vorbeugen beziehungsweise rechtzeitigem Erkennen von Krankheiten vermieden werden. Entsprechende Versuche und Stichprobenuntersuchungen haben dies bereits zur Genüge gezeigt.

Aerzte und Krankenkassen wissen darüber Bescheid. Außer den Durchleuchtungen und den Impfungen gegen Kinderlähmung wird aber in unserem Land in dieser Beziehung noch zu wenig unternommen.

Die Krankenkassen befürchten, daß Prämien erhöhungen nötig wären, weil in der Uebergangszeit ihre Kosten vermutlich ansteigen. Hier bremst die Konkurrenz der Kassen den Fortschritt. Deshalb muß der Bund durch bestimmte Rahmenvorschriften und durch Kostenvorschüsse eingreifen.

Die Gewerkschaften möchten diese Neuerungen aber nicht gegen die Kassen und gegen die Aerzte durchsetzen müssen. Im Gegenteil! Wir sind bestrebt, mit diesen zusammenzuarbeiten, nicht zuletzt weil wir glauben, daß die Mehrheit der letzteren ihren Beruf nicht einfach als Handwerk ausübt, sondern aus Berufung.

Auch die Fragen der

Arbeitszeit und der Ferien

sind von sozialpolitischer Bedeutung. Die überwiegende Zahl der Arbeitnehmer wird zu früh ins Erwerbsleben hineingestoßen. Noch mitten in den Entwicklungsjahren werden die Jugendlichen in die harte Disziplin und den unerbittlichen Rhythmus der Industriearbeit eingespannt. Wollen sie sich weiterschulen und bilden, so steht ihnen nur der Feierabend dafür zur Verfügung. Sie können sich die weitere Ausbildung nur mühsam in Nachtstunden erwerben. Auch die Erwachsenen, die in unserer so schnellebigen und sich rasch verändernden Welt ihr Wissen den neuen Erkenntnissen anpassen wollen, leiden unter dem Mangel an freier Zeit. Und wie viel berufstätige Eltern können, weil sie zu müde und abgespant dazu sind, sich ihrer Kinder nicht so annehmen, wie es für eine sorgfältige Erziehung notwendig wäre!

Weil die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen sind, damit Erziehung, Bildung und berufliche Schulung nicht auf Kosten der Erholung betrieben werden müssen, weil auch die Arbeitnehmer Gelegenheit haben sollen, sich den Wind fremder Länder um die Ohren wehen zu lassen oder die Schönheit unserer Berge und Täler zu erleben, setzt sich die Gewerkschaftsbewegung seit Jahrzehnten für die Verkürzung der Arbeitszeit und für längere Ferien ein.

Im Interesse seiner taktischen Bewegungsfreiheit verzichtet der Gewerkschaftsbund darauf, bestimmte Normen in das neue Arbeitsprogramm aufzunehmen, Ein langfristiges Programm hat nur Grundsätze zu enthalten.

*

Mit den

Problemen der Jungen

befassen sich sowohl der Abschnitt Sozialpolitik als auch die Abschnitte Ausbildung und Kultur.

Wir ältern Gewerkschafter sind uns bewußt, daß nicht mehr alle Forderungen, die uns am Herzen liegen, noch zu unseren Lebzeiten verwirklicht werden. Aber es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, der Jugend den Weg zu bereiten, damit sie unsere Arbeit fortsetzen, ihre Gaben und Kräfte freier entfalten kann.

Nur unter größter Anstrengung wird unser kleines Land imstande sein, in der Forschung, der technischen Entwicklung, in der Marktforschung und Betriebsgestaltung mit dem Ausland Schritt zu halten. Auch unsere soziale Struktur wird immer komplizierter. Die Tradition kann uns Schweizern in vielen Fragen kein Wegweiser mehr sein, das heißt es müssen neue Wege gesucht und gefunden werden.

Wir Gewerkschaften wollen unseren Kleinstaat erhalten. Wir glauben an seine Mission, seine Bestimmung. Aber es ist uns bewußt,

daß nur ein geistig waches Volk ihn bewahren kann. Wir glauben deshalb, daß jedem begabten Menschen, unbesehen seiner Herkunft, alle Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten, ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage seiner Eltern, offen stehen sollen.

Um unsere Volkswirtschaft beziehungsweise die Arbeitskräfte leistungsfähig zu erhalten, sollte die Spezialisierung nicht schon bei den Lehrlingen oder Lehrtöchtern einsetzen. Sie sollten zuerst einen Grundberuf erlernen und sich erst später spezialisieren müssen. Der Gewerkschaftsbund bedauert, daß unter dem Druck der Industrie das Biga unter anderem zu einer allzu starken Aufsplitterung der Berufe Hand geboten hat.

Aber nicht nur die Lehrlinge und die Lehrtöchter brauchen eine sorgfältige und gut durchdachte Ausbildung. Unser Schulwesen ganz allgemein muß sich der beruflichen Weiterbildung jener Jugendlichen annehmen, denen es versagt war und noch versagt ist, eine Lehre zu machen. Vor allem die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Erkenntnisse und Errungenschaften sind in einer so raschen und so starken Entwicklung begriffen, daß die in der Jugend genossene Ausbildung nicht mehr für Jahrzehnte ausreichen kann.

Auch in der Ausbildung der Spätreifen – ich meine jener Menschen, die in ihrer Jugend aus irgendeinem Grund zu kurz gekommen sind – ist vieles zu tun. Unser öffentliches Schulsystem hat hier vieles versäumt.

Zum Beispiel sollte es uns zu denken geben, daß das Abendtechnikum in Zürich mehr Leute ausbildet als alle öffentlichen Techniken zusammen.

Auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung wird daher unser Land noch große Aufgaben zu bewältigen haben, ganz abgesehen davon, daß wir Gewerkschafter auch die Ansicht vertreten, unsere Schulen sollten dazu übergehen, aus den Kindern selbst den denkenden Menschen heranzubilden.

Unser Land, das auch als das Land Pestalozzis bezeichnet wird, ruht sich schon allzu lange und allzu sehr auf seinen Lorbeeren aus. Es ist an der Zeit, daß wir dem wertvollsten Gut unseres Landes und seiner Wirtschaft – dem Menschen – wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Erst wenn das getan wird, handeln wir auch wirklich im Geiste Pestalozzis.

Unsere ältere Generation

hat ebenfalls ihre Probleme. Die Lebenserwartung unserer Bevölkerung nimmt ständig zu. Die Frage der Ueberalterung ist sogar als Schreckgespenst gegen die Arbeitszeitverkürzung aufgeworfen worden.

In vielen Fällen wäre es den Arbeitnehmern gegenüber verfehlt und brutal, einen Abbruch der Erwerbstätigkeit mit dem 60. oder 65. Altersjahr erzwingen zu wollen. Das trifft vor allem in Zeiten der

Hochkonjunktur und des Mangels an Arbeitskräften zu. Berufstätigkeit kann für den Arbeitnehmer mehr sein als nur Broterwerb. Durch sie – die Berufsarbeit – hat er Teil an einer Gemeinschaft. Jene, die es wünschen und können, sollten deshalb unter der Voraussetzung, daß sie geistig und gesundheitlich dazu imstande sind, länger als bis zu einer willkürlich gezogenen Grenze arbeiten dürfen. Dabei müssen sie das Recht auf eine gewisse Rücksichtnahme haben. Sie sollen nicht eine über ihre körperliche Kraft gehende Arbeit verrichten müssen, sie sollen mehr Ferien und, wo es nötig ist, auch eine kürzere Arbeitszeit erhalten.

*

Das Arbeitsprogramm befaßt sich ferner mit einer weiteren Minderheit auf dem Arbeitsmarkt, mit den

erwerbstätigen Frauen.

Wir Schweizer stehen im allgemeinen nicht im Ruf besonderer Galanterie. Für Gewerkschafter muß es aber ganz selbstverständlich sein, daß sie, nicht aus Galanterie, sondern aus reinem Gerechtigkeitssinn, für die wirtschaftliche Gleichberechtigung von männlichen und weiblichen Arbeitnehmern sich einsetzen. Deshalb tritt auch der Gewerkschaftsbund im Entwurf zum neuen Arbeitsprogramm für die Rechte der erwerbstätigen Frauen ein.

Uns Gewerkschaftern fehlt es an Verständnis für jene Herren Parlamentarier und Arbeitgeber, die zum Beispiel die Ratifikation der internationalen Konvention Nr. 100 hartnäckig bekämpfen, weil sie den moralischen Anspruch der Frau auf wirtschaftliche Gleichstellung anerkennt.

Neuerdings unterschob uns der Gewerbeverband, wir bezweckten mit der Forderung auf Ratifizierung dieser Konvention eine Einmischung des Staates in die Lohnbildung der Privatwirtschaft. Aber weder durch die Konvention noch durch den Gewerkschaftsbund wird das beabsichtigt. Was wir wollen ist, daß der Staat den Anspruch auf Gleichberechtigung anerkennt. Die Arbeitgeberverbände sollten deshalb Hand dazu bieten, diese Gleichberechtigung allmählich in den Gesamtarbeitsverträgen zu verwirklichen. Es kann sich nicht darum handeln, daß ihnen der Staat diese Verantwortung abnimmt. Uebrigens stellt das internationale Lohnübereinkommen nur einen Teilaspekt des Problems der Frauenlöhne dar, die im allgemeinen ganz unterbewertet sind. Die Wirtschaft kann die Erwerbsarbeit der Frauen immer weniger entbehren. Von dieser Tatsache ist auszugehen, wenn man sich mit Lohnfragen, aber auch mit Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung der weiblichen Arbeitnehmer beschäftigt. Die Tatsache, daß die Wirtschaft auf die Frauenarbeit angewiesen ist, erfordert, daß man den erwerbstätigen Frauen endlich die Gerechtigkeit, die ihnen gebührt, widerfahren läßt.

Zu den Abschnitten im alten Programm, die am stärksten erweitert werden, gehört auch jener über

Kulturfragen.

Nicht nur materielle Not, sondern auch kulturelle Benachteiligung veranlaßten die Arbeiter zur Gründung von Gewerkschaften. Sie haben denn auch auf kulturellem Gebiet ganz besondere Aufgaben. Denn gerade in der heutigen Gesellschaft droht das Wirtschaftliche zu überwuchern.

Mehr denn je drohen die Kräfte der Seele und des Gemüts in Gefahr zu geraten. Immer mehr verschwindet die Natur aus unsern rasch sich ausdehnenden Städten. Vergnügungsindustrie, Radio und Fernsehen überschwemmen zum Teil wertvolle Freizeit. Der Sport artet in großen Schausport und in ein Wettobjekt aus. Im Konzertsaal und Theater steht oft der Star im Mittelpunkt.

Gegen die seelische Verarmung wollen sich die Gewerkschaften zur Wehr setzen, und bewußt stellen wir dabei die Jugend in den Vordergrund. Sie ist am meisten in Gefahr. In der Familie und in der Schule muß die Abwehr einsetzen. Der Mensch soll sich nicht schon von Beginn der Schulzeit an nur auf das Nützliche ausrichten müssen. Unsere Jugend muß auch die in einem Kunstwerk liegende Kraft und Stimmung erkennen; die seelische Spannung, die in der Musik stehen kann, erahnen lernen und auf sich einwirken lassen.

Aus persönlicher Erfahrung wissen wir Aeltern, daß in dieser Beziehung die Schulen gründlich versagten; an unsern Kindern erleben wir, daß es heute noch nicht viel besser geworden ist. Eine Umgestaltung des Lehrplanes und des Unterrichtsstoffes wird nun immer dringender. Manchmal beschleicht uns das Gefühl, unsere Gesellschaft gleiche jenem Griechen, der im Gold erstickte.

Wenn auch die Gewerkschaften allein diese Strömungen nicht überwinden können, sind sie sich doch bewußt, daß sie dagegen ankämpfen müssen.

*

Mit ein paar Worten möchte ich noch auf den Abschnitt

«Internationale Gewerkschaftsbewegung»

hinweisen.

Die Schweiz ist ein kleines Land, ohne große Machtmittel. Unser Absatzmarkt ist für große Teile unserer Industrie zu klein. Wir sind wirtschaftlich auf das Ausland angewiesen.

Aber auch auf ideellem Gebiet sind internationale Beziehungen notwendig. Ferner verpflichtet uns die Tatsache, daß unser Land sich von den großen kriegerischen Auseinandersetzungen fernhalten konnte, in besonderem Maß, uns an den konstruktiven, friedlichen Werken der freien Völker zu beteiligen. Dem, was diesbezüglich bei

der Eröffnung unseres Kongresses gesagt worden ist, möchte ich wenig beifügen. Ich möchte lediglich darauf hinweisen, daß wir die Verpflichtung übernehmen wollen, in Zukunft viel stärker und viel nachhaltiger als das bis jetzt geschehen ist, auch für die Entwicklungsländer und insbesondere für unsere Kameraden für den gewerkschaftlichen Aufbau in den Entwicklungsländern einzutreten.

*

Ich habe in meinen Ausführungen nicht alle im Entwurf zum neuen Arbeitsprogramm enthaltenen Punkte berühren können. Aber auch der vollständige Entwurf kann nicht auf alle Aufgaben hinweisen, die dem Gewerkschaftsbund und den ihm angeschlossenen Verbänden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sich stellen werden. Zweifellos werden auch Sie den Eindruck erhalten, daß uns ein reichliches Maß an Arbeit bevorsteht.

Die Gewerkschaftsbewegung kann nur eine lebendige Kraft bleiben, wenn sie nicht beim einmal Erreichten stehenbleibt. Sie muß den Zeiterfordernissen entsprechend sich immer neue Ziele setzen.

Die meisten dieser Ziele ergeben sich aus den Sorgen des Alltags, aus den Schwierigkeiten, die sich uns Arbeitnehmern, aber auch unserem Land stellen. Dies halte ich für den Prüfstein unserer Bewegung: die Probleme der Umwelt, in der wir leben, und jener von morgen, die wir zum Teil erst erahnen, klar zu erkennen, sie anzupacken, selbst wenn das im Augenblick vielen verfrüht zu sein scheint und unpopulär ist. Wir dürfen nicht an den Fragestellungen der Vergangenheit kleben bleiben; wir dürfen uns nicht in einer gewissen Gewerkschaftsromantik verlieren.

Wir verzichten deshalb auch darauf, einige stark ideologisch betonte Forderungen des alten Programms wieder aufzunehmen. Denn wir brauchen ein neues Programm, zu dem auch unsere mittlere und jüngere Generation ohne innere Vorbehalte stehen können, für das sie auch zu kämpfen bereit sind.

Das bedeutet keineswegs, daß wir Einsatz und Opfer der ältern Generationen hintanstellen wollen. Im Gegenteil, wir wollen jene Arbeit, jenen Einsatz, jene Opfer hochhalten. Was errungen wurde, verdanken wir zum großen Teil der ältern Gewerkschaftergeneration. Und in ihrem Geist, im Geiste des Dienstes für die arbeitenden Menschen, muß die gewerkschaftliche Arbeit fortgesetzt werden.

Männer und Frauen, die unter dem Druck der Not und der Sorge um den Alltag standen, schufen die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung ist herausgewachsen aus der Sehnsucht des Arbeiters nach einer gerechten Gesellschaftsordnung,

nach einer Gemeinschaft, die seine menschliche Würde achtet, die solidarisch zu ihm steht, wenn seine Arbeitskraft versagt, die es ihm ermöglicht, am geistigen Erbe der Nation und der Menschheit teilzuhaben;

nach einer Gemeinschaft, in der er seine Gaben und Kräfte schöpferisch entfalten kann, die ihm einen gerechten Anteil an den Früchten seiner Arbeit gewährt.

Die Gewerkschaftsbewegung kann ihr Ziel nur in Freiheit erreichen. Freiheit ist notwendig, um Mißstände beim richtigen Namen nennen zu können. Wir brauchen die Freiheit, um unsere Ideen zu verbreiten und gemeinsam zu verfechten. Wir brauchen die Freiheit als Schule der Verantwortung.

Weil die Freiheit unser Lebenselement ist, bekennt sich der Gewerkschaftsbund zur Demokratie.

Das Programm des Gewerkschaftsbundes ist deshalb an kein Dogma und an keine Ideologie gebunden. Wir achten jede politische und religiöse Weltanschauung, welche die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die demokratischen Rechte aller respektiert.

Weil wir an die Würde jedes einzelnen glauben, bejahen wir auch die Pflicht zur Solidarität. Die Gewerkschaften treten für jeden Arbeitnehmer ein. Jeder Arbeitnehmer sollte sich aber auch seinerseits verpflichtet fühlen, zur Gemeinschaft beizutragen und der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, die seine Rechte vertritt und verteidigt.

Hermann Leuenberger.